



**TRANSPARENCY
INTERNATIONAL
Deutschland e.V.**

Die Koalition gegen Korruption.

Verleihung des Whistleblower-Preises 2013 an Edward Snowden

Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Berlin, 30. August 2013

Begrüßung: Prof. Dr. Edda Müller, Vorsitzende Transparency International Deutschland

- Es gilt das gesprochene Wort. -

Sehr geehrte Damen und Herren,

im **Namen von Transparency International Deutschland** e.V. darf auch ich Sie herzlich begrüßen. Persönlich freue ich mich vor allem **Gerhart Baum** und seine Frau begrüßen zu können. Seit vielen Jahren verbindet uns der Kampf für den Datenschutz sowie den Schutz von Verbraucher- und Bürgerrechten. Besonders freue ich mich aber auch viele meiner Mitstreiter und Mitstreiterinnen bei Transparency Deutschland und aus dem internationalen Sekretariat von Transparency willkommen heißen zu können.

Transparency ist in diesem Jahr **erstmalig an der Verleihung des Whistleblowerpreises** beteiligt. Ich möchte mich ganz herzlich bei der **Vereinigung Deutscher Wissenschaftler** und ihrem Vorsitzenden Professor **Ulrich Bartosch** und bei der **deutschen Sektion der IALANA** und ihrem Vorsitzenden **Otto Jäckel** bedanken, dass Sie uns hierzu eingeladen haben.

Für Transparency International als Antikorruptionsorganisation spielen Whistleblower und ihr Schutz seit unserer Gründung vor zwanzig Jahren eine wichtige Rolle. Korruptionshandlungen finden im Verborgenen statt. Daher ist **die Bekämpfung der Korruption auf Whistleblower angewiesen**. In einer umfangreichen Studie der Universität Halle-Wittenberg gemeinsam mit einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wurden die Entdeckungswege von wirtschaftskriminellen Delikten, darunter auch Korruption, für die Jahre 2005 bis 2009 durch eine Befragung von 500 Großunternehmen in Deutschland untersucht. Danach wurden über 60% der Delikte durch Hinweise aufgedeckt. 21% konnten sanktioniert werden, weil Unternehmensmitarbeiter nicht weggeschaut und geschwiegen haben.

Bereits im Jahr 2009 hat Transparency International „27 Prinzipien für eine Whistleblowerschutz-Gesetzgebung“ veröffentlicht. Nach dem 8. Prinzip muss die Gesetzgebung dafür sorgen, dass auch Hinweise nach außen, an Staatsanwaltschaften oder Medien, leicht gemacht werden. Die Möglichkeit, auch bei Enthüllungen in Bezug auf die

nationale Sicherheit nach außen gehen zu kennen, wird im 9. Prinzip bewusst nicht ausgeschlossen.

Für Enthüllungen im Bereich der nationalen Sicherheit sind die „Tshwane Principles on National Security and the Right to Information“ einschlägig. Sie wurden von rund 500 zivilgesellschaftlichen Akteuren, Sicherheitsexperten und Wissenschaftlern entwickelt und im Juni 2013 vom Rechtsausschuss der Parlamentarischen Versammlung des Europarates einstimmig unterstützt. Die Öffentlichkeit hat danach ein Recht, über Überwachungsmaßnahmen informiert zu werden und zu erfahren, wer diese autorisiert hat.

Wie sieht es mit dem Whistleblowerschutz in Deutschland derzeit aus?

Es ist schlecht um den Schutz von Whistleblowern in Deutschland bestellt. Nach wie vor wird eine Reihe internationaler Vorgaben durch Deutschland missachtet. Drei will ich in Erinnerung rufen.

Erstens: Im **G20-Aktionsplan** vom November 2010 hat sich Deutschland verpflichtet, bis Ende 2012 Regeln zum Whistleblowerschutz zu erlassen und umzusetzen. Geschehen ist nichts.

Zweitens: Für eine Ratifizierung des **Europarats-Zivilrechtsübereinkommens** über Korruption muss der Hinweisgeberschutz im privaten Sektor verbessert werden. Dies hat auch die Parlamentarische Versammlung des Europarates im April 2010 gefordert. Geschehen ist nichts.

Drittens: Auch die **OECD Konvention** gegen die Bestechung ausländischer Amtsträger verlangt einen effektiven Hinweisgeberschutz. Die OECD überwacht regelmäßig den Stand der Umsetzung der durch Deutschland ratifizierten Konvention. Im sogenannten Follow Up Bericht zum Phase 3-Bericht vom April dieses Jahres wird Deutschland erneut aufgefordert, einen besseren Schutz von Whistleblowern zu gewährleisten, damit Hinweise auf Korruption durch Unternehmensangehörige erleichtert werden. Geschehen ist nichts.

Wenn wir daher heute **Edward Snowden ehren** und Länder wie die USA und Großbritannien wegen der völlig unverhältnismäßigen Verfolgung eines Whistleblowers kritisieren, dürfen wir nicht vergessen, dass Deutschland insbesondere bei der Umsetzung völkerrechtlicher Verpflichtungen zur Korruptionsprävention ein mehr als beschämendes Bild abgibt. Neben dem völlig unzureichenden Schutz von Whistleblowern erwähne ich die noch nicht erfolgte Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption. Sie kommt nicht zustande, weil sich seit Jahren im Deutschen Bundestag keine Mehrheit findet, die den Weg für die notwendige Verschärfung des Straftatbestands der Abgeordnetenbestechung frei macht.

Unser Engagement zur Ehrung Snowdens geht über den für uns so wichtigen Schutz von Whistleblowern hinaus. Es geht uns auch darum, die Anerkennung und die Akzeptanz des Kampfes gegen Korruption zu sichern und zu verteidigen. **Heutige und frühere Aktivitäten der NSA könnten den Eindruck entstehen lassen, als ob das Ausspionieren von Daten und**

Handlungen, Verstöße gegen den Datenschutz und die Missachtung verbriefter Bürgerrechte im Interesse einer wirksamen Korruptionsbekämpfung akzeptiert und hingenommen werden müssten. In aller Deutlichkeit möchte ich hier sagen, dies ist nicht die Position von Transparency International Deutschland. Niemals darf der Zweck die Mittel heiligen. Dies gilt für die Sicherheit genauso wie für die Korruptionsbekämpfung. Dass die NSA dies bereits in der Vergangenheit anscheinend anders gesehen hat, belegen folgende Beispiele.

Im Dezember 1995 berichtete die Baltimore Sun, dass die NSA die Faxe und Telefonate zwischen dem europäischen **Konzern Airbus** und der saudischen Fluglinie sowie der saudischen Regierung abgehört und herausgefunden habe, dass die Airbusleute Bestechungszahlungen an saudische Amtsträger angeboten hätten. Diese Informationen wurden an US-Regierungsangehörige weitergegeben, so dass am Ende Boeing und McDonnell Douglas sich den 6 Milliarden Dollar Auftrag sicherten. Noch weiter trieb es der ehemalige CIA-Chef James Woolsey. Er erklärte in einem Beitrag für das Wall Street Journal im März 2000 folgendes:

„Richtig, meine kontinentalen Freunde, wir haben euch ausspioniert, weil ihr mit Bestechung arbeitet. Die Produkte eurer Unternehmen sind oftmals teurer oder technologisch weniger ausgereift als die eurer amerikanischen Konkurrenten, manchmal sogar beides. Deshalb bestecht ihr so oft. ... Wenn wir euch dabei erwischt haben ... haben wir euren amerikanischen Konkurrenten kein Wort davon gesagt. Stattdessen wenden wir uns an die von euch bestochene Regierung. ... Kommt wieder auf den Teppich, Europäer. Hört auf, uns Vorwürfe zu machen, und reformiert eure etatistische Wirtschaftspolitik. Dann können eure Unternehmen effizienter und innovativer werden und müssen nicht mehr auf Bestechung zurückgreifen, um konkurrenzfähig zu sein. Und dann brauchen wir euch nicht mehr auszuspionieren“.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

vor Ihnen steht eine **überzeugte Antikorruptionskämpferin. Wir wollen aber nicht den Kampf um jeden Preis und lehnen eine Argumentation wie die des CIA Chefs James Woolsey entschieden ab.** Wir wollen und können nicht ernsthaft den Kampf gegen Korruption gewinnen, wenn die Totalüberwachung dazu eingesetzt wird, Grundrechte zu verletzen, um wirtschaftliche Vorteile zu erlangen. Ebenso können wir die Welt nicht sicherer machen und unsere Bevölkerung nicht wirksam schützen, indem wir Persönlichkeitsrechte missachten und die Werte - wozu nicht zuletzt auch die Pressefreiheit gehört - die die Identität unserer Gesellschaften und unseres politischen Systems ausmachen, mit Füßen treten.

Wir sind Edward J. Snowden außerordentlich dankbar. Mit seinem Mut und seinem Verantwortungsbewusstsein hat er nicht nur die notwendige **politische Auseinandersetzung angestoßen über die Rolle der Geheimdienste sowie die tatsächliche Souveränität Deutschlands.** Wir verdanken ihm auch den Anstoß zu der längst überfälligen Diskussion

über die ethischen Grundlagen unseres Zusammenlebens. Dabei geht es um die Frage, wie viel unsere Grundrechte eigentlich noch wert sind angesichts der technischen Möglichkeiten im digitalen Zeitalter sowie der Omnipotenz staatlicher und privatwirtschaftlicher Datensammel- und Auswertungssysteme.

Edward Snowden hat schon heute viel bewegt. **Sein Mut und seine Zivilcourage sollten uns Verpflichtung sein, für die notwendigen politischen Reformen zu sorgen**, damit sein Opfer nicht vergeblich war. Aus Sicht von Transparency Deutschland muss ein Reformpaket der deutschen Politik mindestens die folgenden fünf Maßnahmen umfassen:

1. Das Außerkraftsetzen oder zumindest die Änderung des G 10 Gesetzes;
2. Die Kündigung oder zumindest Neuverhandlung der Vereinbarungen, die den US-Amerikanern in Deutschland zahlreiche Überwachungsrechte einräumen;
3. Die Einbestellung des britischen Botschafters und die Thematisierung der Handlungen Großbritanniens im nächsten Europäischen Rat;
4. Die Einrichtung von Untersuchungsausschüssen im Europäischen Parlament und im Deutschen Bundestag,
5. Die kostenlose Bereitstellung kryptografischer Programme basierend auf einem freien und offenen Code durch den Staat zum Selbstschutz für Bürger und Unternehmen.

Ich wünsche eine inspirierende Veranstaltung, deren Wirkungen über diesen Abend hinausgehen mögen.